

21. Juni 2020

Seite 7

Auflage 117'947 Ex. NZZ am Sonntag
Reichweite 405'000 Leser 8021 Zürich
Erscheint woe
Fläche 33'200 mm²
Wert 6'300 CHF



Sozialhilfe

«Sonst geraten Gemeinden in ernsthafte Schwierigkeiten»

Sozialhilfe-Präsident
Christoph Eymann
fordert ein nationales
Hilfspaket.

Wie schlägt sich die Corona-Krise in der Sozialhilfe nieder?

Wir gingen davon aus, dass sich die Krise während der ersten Wochen und Monate in der Sozialhilfe noch nicht bemerkbar macht, sondern erst mit einer zeitlichen Verzögerung. Jetzt stellen wir aber fest, dass die Zahl der Sozialhilfebezüger und Sozialhilfebezüglerinnen bereits zwischen Anfang März und Ende Mai leicht gestiegen ist. Diese Entwicklung kommt in einigen Regionen früher als erwartet.

Das heisst in absoluten Zahlen?

Seit Ausbruch der Corona-Krise kam es zu einem Anstieg um rund 8300 Personen. Dank unserem neuen monatlichen Monitoring können wir diese Entwicklung genau verfolgen.



Christoph Eymann, 69, ist seit 2019 Präsident der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe. 2015 wurde der Basler für die Liberal-Demokratische Partei in den Nationalrat gewählt; dort ist er Mitglied der FDP-Fraktion. Von 2000 bis 2017 war er Erziehungsdirektor des Kantons Basel-Stadt.

Wer ist wegen der Pandemie auf Sozialhilfe angewiesen?

Jetzt rutschen Selbständig-erwerbende in die Sozialhilfe, die sich vor der Krise gerade noch über Wasser halten konnten, deren Dienstleistungen jetzt aber plötzlich nicht mehr gefragt sind. Taxifahrer gehören beispielsweise zu dieser Gruppe. Daneben müssen aber auch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen auf Kurzarbeit Sozialhilfe beziehen – aus dem einfachen Grund, dass der Lohn für ihren Lebensunterhalt auf einmal nicht mehr reicht.

Das alles wird sich so schnell nicht ändern.

Nein. Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe hat für die nächsten zwei Jahre drei verschiedene Szenarien errechnet: Das sogenannte mittlere Szenario geht bis 2022 von einer Zunahme um rund 75 000 Sozialhilfebezüger und Sozialhilfebezüglerinnen aus. Fest steht: Bald sind ganz andere Leute auf Sozialhilfe angewiesen. Leute, die sich das bis jetzt kaum vorstellen konnten.

21. Juni 2020

Seite 7

Auflage	117'947 Ex.	NZZ am Sonntag
Reichweite	405'000 Leser	8021 Zürich
Erscheint	woe	
Fläche	33'200 mm ²	
Wert	6'300 CHF	

Hat das auch Auswirkungen auf die finanzielle Situation von Kantonen und Gemeinden?

Das ist so, aber in unterschiedlichem Ausmass. Bemerkbar macht sich die Entwicklung vor allem in Gemeinden, in denen bereits jetzt viele Sozialhilfebeziehende leben. Das sind eigentliche Hotspots. In diesen ist nicht ausgeschlossen, dass der Steuerfuss erhöht werden muss. Zur Entlastung der Gemeinden braucht es in allen Kantonen einen innerkantonalen Lastenausgleich. Dieser ist unabdingbar, sonst geraten einzelne Gemeinden in ernsthafte finanzielle Schwierigkeiten.

Daneben kommen zusätzliche Ausgaben auf die Gemeinden und Kantone zu, weil der Bund die Sozialhilfe für viele Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene nicht mehr finanziert.

Wir gehen davon aus, dass diese Gruppe etwas mehr als einen Viertel aller Personen ausmacht, die 2022 neu Sozialhilfe beziehen. Sollten sich unsere Szenarien bewahrheiten, braucht es

da ein nationales Hilfspaket. Dann könnte man die Forderung stellen, dass der Bund die Kantone und Gemeinden unterstützt, indem er zwei weitere Jahre für die Sozialhilfe im Asylbereich aufkommt.

Die Corona-Krise macht deutlich, wie viele Sans-Papiers in der Schweiz leben, die keinen Anspruch auf Sozialhilfe haben. Was sagen Sie dazu?

Die Situation dieser Menschen ist völlig unbefriedigend. Viele von ihnen arbeiten ja auch, und zwar unter inakzeptablen Bedingungen. Deshalb ist es Zeit, hier eine Regelung zu finden. Wie die



Viele Sans-Papiers arbeiten, und zwar unter inakzeptablen Bedingungen.

genau aussieht, ist mir selbst noch nicht ganz klar. Ich finde aber, dass es für die Sans-Papiers zumindest während der Corona-Krise eine zusätzliche staatliche Unterstützung braucht.

Wie können Sozialhilfebezüger und -bezügerinnen auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten in den Arbeitsmarkt integriert werden?

Nötig ist eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Sozialhilfe und Wirtschaft. Die Wirtschaft muss aufzeigen, in welchen Branchen genau ein Mangel an Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen herrscht. Dann können wir Sozialhilfebeziehende in diese Richtung aus- und weiterbilden. Überhaupt sind Aus- und Weiterbildung zentral, denn es gibt sehr viele Sozialhilfebezüger, die arbeiten wollen. Ganz sicher aber brauchen die Sozialämter mehr Personal und damit mehr Mittel, um möglichst viele Sozialhilfebeziehende in den Arbeitsmarkt integrieren zu können.

Interview: Lukas Häuptli